

Peter Jarvis  
School of Arts  
University of Surrey, UK

## **Rolle des und das Dritte Lebensalter in der Europäischen Union Bürgers, Zivilgesellschaft, Lebenslanges Lernen**

Oktober 2005

Gesellschaften in dieser sich wandelnden Welt sind durchweg gezwungen, das Wesen von Staat und Regierung zu überdenken. Das wiederum erfordert neue Konzepte für die Rolle des Bürgers und die Zivilgesellschaft, und dieses Referat bietet eine Deutung dieser Begriffe und stellt schließlich die Frage nach der Rolle des Lebenslangen Lernens im Wandel der politisch-wirtschaftlichen Welt. Es wird gezeigt, dass dieser Wandel vor dem Hintergrund der Globalisierung klarer zu verstehen ist.

Globalisierung lässt sich am besten als sozioökonomisches Phänomen mit tiefen politischen und kulturellen Auswirkungen begreifen. Aus stark vereinfachter Sicht lässt sie sich so verstehen, dass die *Welt* eine Sub- und eine Superstruktur hat, wohingegen das einfache marxistische Gesellschaftsmodell davon ausging, dass jede *Gesellschaft* ihre eigene Sub- und Superstruktur habe. Für Marx umfasste die Substruktur die ökonomischen Verhältnisse und die Superstruktur alles übrige im sozialen und kulturellen Leben, einschließlich Staat, Kultur etc.. Diejenigen, die über das Kapital, und damit über die Produktionsmittel verfügten, hatten Macht über die gesamte Gesellschaft, oder anders gesagt, Privatbesitz war die Basis für öffentliche Macht - ein Punkt, auf den wir in dieser Arbeit zurückkommen werden. Doch je mehr Mechanismen zur Kontrolle des Kapitals entstanden, desto mehr schwand mit den Jahren die Bedeutung des Eigentums, und in jüngerer Zeit entwickelte das Kapital zu den finanziellen auch intellektuelle Aspekte. Die entscheidende Veränderung liegt jedoch darin, dass diese Substruktur sich von einer sozialen zu einer globalen gewandelt hat. Globalisierung besitzt zwei Hauptelemente: Das erste ist die Art und Weise, wie die, welche diese Substruktur in den Ländern des dominanten Westens kontrollieren, diese Kontrolle über die Substrukturen aller übrigen Länder der Welt haben ausdehnen konnten. Das zweite liegt in dem Einfluss, den diese Veränderungen der Substruktur auf die Superstruktur jeder dieser Gesellschaften ausüben, da eine gemeinsame Substruktur dazu führt, dass ähnliche Kräfte sich auf jedes Volk und jede Gesellschaft erstrecken - trotz aller Unterschiede in Geschichte, Kultur, Sprache usw.. Ein weiterer entscheidender Faktor in diesem Prozess war der rasante Fortschritt der Informationstechnologie, der diesen globalen Prozess erleichterte. Daraus wird ersichtlich, dass die Kräfte der Globalisierung einen Standardisierungsdruck ausüben, und Beck (2000, S. 11) schlägt in der Tat vor, die Globalisierung sei „der *Prozess*, durch den souveräne Nationalstaaten durch transnationale Akteure mit unterschiedlichen Perspektiven von Macht, Ausrichtung, Identität und Vernetzung verunsichert und unterminiert werden (*kursiv* im Original). Gleichzeitig wirkt in Europa die Europäisierung in exakt der gleichen Weise, wenn auch aus einem anderen Grunde, nämlich die Souveränität der Nationen mit dem Ziel einer kosmopolitischen Gesellschaft und schließlich eine Art Föderalstaat abzubauen.

Dies angenommen lassen sich die politischen Prozesse in den Nationalstaaten als entwertet ansehen, sodass der jeweilige Staat sein Land unter dem weltweiten wirtschaftlichen Druck nur noch verwalten kann, bzw. in Europa unter den Kräften der Europäisierung. Sieht man die Macht des Staates als verringert an, so überrascht es kaum, wenn die Öffentlichkeit wahrnimmt, dass der Staat die Rechte der Bevölkerung nicht länger schützen kann, wie es als Antwort auf die Forderungen der Substruktur erforderlich wäre (vgl. Korten 1995, Monbiot 2000). Und es überrascht ebensowenig, dass die Öffentlichkeit das Vertrauen in die politischen Prozesse verliert, und damit auch kein Verantwortungsbewusstsein und keinen Wunsch nach Teilnahme am dem nicht mehr demokratischen Prozess spürt. Und noch dazu fühlt sich das Volk in seiner Identität bedroht.

Zugleich ist nicht zu leugnen, dass der globale Kapitalismus für einige Gruppen und sogar Nationen hohen Lebensstandard und erfreulichen Lebensstil mit sich gebracht hat. Das gilt unzweifelhaft für den Westen, wo die Angehörigen des Dritten Lebensalters zum reichsten Teil

der Bevölkerung gehören. Tatsächlich wurde in einer Sonntagszeitung kürzlich geschätzt, dass den über Fünfzigjährigen 80% des Besitzes im United Kingdom gehört (Bedell, 2005, S.1). Folglich wollen keineswegs alle den Prozess aufhalten, obwohl sich im Folgenden zeigen lässt, dass es grundsätzliche Spannungen zwischen Kapitalismus und der Rolle des Bürgers, sowie zwischen unserem Lebensstil und unserem Verantwortungsbewusstsein gegenüber unserem Planeten gibt. Jedenfalls hat die Globalisierung die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Im Gegensatz dazu widersetzen sich eine Reihe von Nationen, Völkern und Gesellschaften diesem Prozess und versuchen in unterschiedlichem Ausmaß, ihre Besonderheit und Unabhängigkeit zu wahren, was schließlich zu unserer Art von Verständnis von Globalisierung geführt hat (Robertson, 1995). Die globale Superstruktur ist heute eher ein Netzwerk, in dem die verschiedenen Teile verschieblich und wandelbar sind. Einige verlieren in dieser Flut von Veränderungen ihre Besonderheit, während andere um den Erhalt ihrer Besonderheit kämpfen. Obwohl weit entfernt von einer Weltregierung braucht die globale Gesellschaft einen höheren Grad an Harmonisierung der Superstruktur, wenn die Menschen je die Schaffung einer kosmopolitischen Demokratie für erreichbar halten sollten. Erreichbar aber ist sie nur unter Aufgabe von einigem an kultureller Besonderheit, die die Menschen gerade zu bewahren trachten. Hierin liegt eines der größeren Paradoxe bei der Schaffung einer wirklich globalen Zivilgesellschaft.

Da diese Prozesse die Souveränität der Nationalstaaten in Frage stellen, muss die Rolle des Bürgers in einer globalen Gesellschaft neu bestimmt werden, und darin besteht der erste Teil dieses Referats. Der zweite betrachtet die Art der Zivilgesellschaft und schließlich den Beitrag des Lebenslangen Lernens zu den politischen Prozessen in dem hier untersuchten Wandel der Welt.

### *Teil 1. Der veränderte Rolle des Bürgers*

Barbalet (1988, S. 1) schlägt vor, der Begriff Bürger „definiert, wer Mitglied einer bestimmten Gesellschaft ist und wer nicht“, und die frühesten Definitionsversuche kreisten um die Vorstellung vom Bürger einer Stadt. Die alten Griechen beispielsweise betrachteten als Bürger jemanden, der Vollmitglied der *polis* war und das Recht besaß, öffentlich zu reden und einer Regierung anzugehören. In England war ein Einwohner einer Stadt auch ein Bürger. Turner (1990, S. 293) erklärt, dass Bells Dictionary von 1757 den Bürger als „Freien Mann einer Stadt“ bezeichnete. Grundsätzlich waren Bürger die Einwohner einer Stadt, und die außerhalb der Stadtmauer waren „Subjekte“. Mit der Entwicklung des Nationalstaates allerdings wurde die Rolle des Bürgers zu einer Angelegenheit der Gesellschaft oder des Staates. Heute jedoch sehen wir in der globalen Gesellschaft eine Entwicklung zu mehrfacher Staatsangehörigkeit, und es überrascht nicht, dass ein jüngeres Statement der EU Politik vorschlägt, dass das „Konzept Staatsbürgerschaft... flexibler und dynamischer werden sollte“ (EC, 1998, S. 5)

Allerdings unterstreicht, wie schon gesagt, der Bezug auf die Europäische Union, dass sich nicht allein die Rolle des Bürgers ändert, sondern zugleich das Territorium seiner Gesellschaft. Die Europäisierung, begonnen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, Europa sich nie wieder durch Krieg entzweien zu lassen, schwächt auch die territorialen Grenzen, weil Mitgliederstaaten einen Teil ihrer Zuständigkeiten an die EU abtreten. Dieser Prozess ist mit der Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, noch klarer zutage getreten. Trotzdem bleiben die einzelnen Kulturen relativ stark, weil die EU die Unterschiede auch zu bewahren trachtet. Darüber nun machen sich die globalen sozioökonomischen Kräfte nicht gerade Gedanken, und doch schwächen beide, wenn auch auf unterschiedliche Weise, nicht nur die Grenzen der Nationalstaaten, sondern auch das Gefühl nationaler Identität. Dadurch schaffen sie ein Bedürfnis nach neuer Identität oder neuen Identitäten, ob ethnisch oder ortsbezogen, national oder global etc..

Die Tradition der alten Griechen nun machte einen fundamentalen Unterschied zwischen privater und öffentlicher Sphäre in der Gesellschaft. Nach ihr spielten die Bürger ihre Rolle auf offener Bühne. Wie Habermas (1989, S. 3) erklärt, waren Bürger im alten Griechenland aufgrund von Besitz von Gütern und Sklaven autonom und frei, und konnten am öffentlichen Leben teilhaben. Anders gesagt war privater Besitz die Basis auf der sie aktive Bürger im

öffentlichen Raum sein konnten, ein Befund, auf den wir schon hingewiesen haben und auf den wir in dieser Arbeit später noch einmal zurückkommen werden. Habermas (1989, S. 4) beschreibt die Situation so:

Gerade weil die Lebensbedürfnisse und die Sorge für den Lebensunterhalt schamvoll innerhalb des *Oikos* verborgen wurde, bot die *Polis* ein weites Feld zu Profilierung und Ansehen.

Turner (1990, S. 201) antwortet dem, wenn er schreibt:

Da die vollen Bürgerrechte auf die Mitglieder der Polis beschränkt waren, die das Recht zu reden und zu regieren hatten, entstand ein ideologisches Bedürfnis, die Unterordnung von Frauen, Kindern und Sklaven zu erklären und legitimieren.

Die Öffentlichkeit war die Bühne des Mannes, während die Privatsphäre das Reich der Frau darstellte, obwohl sie darin nicht Alleinherrscherin war. Wir werden auf die Rolle der Frau noch zurückkommen, aber die Öffentlichkeit war in gewissem Sinne mehr als nur Politik, sie umfasste alles, was sich außerhalb des privaten Haushalts abspielten, wie eben Politik und Markt. Turner (1990, S. 198) allerdings erklärt, dass die Protestantische Reformation eine der Hauptkräfte zur Stärkung der Privatsphäre war:

Die Wirkung der protestantischen Lehre lag in der Schaffung einer Privatsphäre einerseits (zur Versenkung ins Gebet, der Stärkung des Gewissens und für religiöse Praxis in der Familie), innerhalb derer die moralische Erziehung des Einzelnen zu erfolgen hatte, und einer öffentlichen Welt des Staates und des Marktes, die das Reich der Wirklichkeit darstellte.

Die Bürger waren gehalten, die Gesetze des Landes zu achten und wurden zu ergebenen Untertanen. Von ihnen erwartete man, dass sie sich zu im politischen Sinne passiven Bürgern entwickeln würden, auch wenn die prophetische Tradition des Christentums alles andere als passiv war. Darüber hinaus erklärt Sennett (1986, S. 142-3) sehr schön, dass mit dem Aufkommen massenhaft produzierter Festpreisartikel im Einzelhandel Mitte des 19. Jahrhunderts (in früheren Jahrhunderten war es gesetzlich verboten, für irgendeinen Artikel einen Festpreis zu verlangen, so dass jedem Kauf ein öffentliches Handeln vorausging) der Markt ebenfalls aus dem öffentlichen Raum ausschied. So wurde der Verbraucher zu einem passiven, in privater Sphäre agierenden Käufer: Einkaufen wurde zur Aufgabe der Frau. Baumann (1988, S. 76-77) betonte gleichfalls, dass ökonomische Kräfte in die Privatsphäre eindringen:

Diese Beeinflussung (durch Werbung) wird nicht in Form von massivem Druck ausgeübt. Die „Kapitulation“, die sie verlangt, verspricht nichts als Freude. Zwar nicht gerade die Freude, sich einer Sache größer als man selbst zu widmen, ... doch geradewegs das schöne Gefühl wohlschmeckenden Essens, angenehmen Geruchs, entspannten Trinkens, gelassenen Fahrens oder die Freude, von eleganten, glitzernden, den Augen schmeichelnde Dingen umgeben zu sein. Bei solchen Aussichten: Wer braucht da Rechte?

Der öffentliche Raum ist daher oft beschnitten worden, und die Bedingungen für Passivität in der Rolle des Bürgers wurden lange vor dem Ende des 19. Jahrhunderts gesetzt. Danach ist diese Passivität durch die Rolle der Massenmedien noch gefördert worden, weil man die politische Debatte einfach am Bildschirm verfolgte: eine virtuelle Öffentlichkeit. Mit dem Aufkommen der interaktiven Informationstechnologie für viele Nutzer wird der Öffentliche Raum jetzt wiederum verändert, denn einige etwas aktivere Formen für das bürgerliche Handeln im öffentlichen Raum entstehen dadurch, dass TV-Gesellschaften Menschen dazu einladen, ihre Sicht zu umstrittenen Themen einzusenden, und dann die Politiker – allerdings bislang kaum die Industriellen – dazu auffordern, auf die Eingaben zu antworten. Trotzdem können wir sehen, dass aktiver Bürgersinn etwas ist, dass immer noch in der Öffentlichkeit ausgeübt wird, auch wenn seine Natur heute grundlegenden Veränderungen in der globalen Gesellschaft unterliegt.

Wenn wir allerdings unsere Diskussion auf den privaten oder öffentlichen Raum zu beschränken versuchen, oder gar auf eine offene Gesellschaft, bekommen wir erhebliche Schwierigkeiten, die Rolle des Bürgers zu verstehen. Barbalet nimmt sicher wahr, dass die traditionelle Auffassung zu einfach ist, obwohl er schon geschrieben hat, bevor sich die Bedeutung der Globalisierung erkennen ließ. Folglich richtete er sein Augenmerk auf die einflussreiche Arbeit von Marschall (1950), wo er am Beispiel des United Kingdom darlegte, dass die Rolle des Bürgers drei Dimensionen hat: eine zivile, eine politische und eine soziale: die zivile im Sinne der menschlichen Freiheit, die politische in Form des Rechts zur Teilnahme am politischen Prozess, die soziale als das Recht auf Leben und nötigenfalls auf Unterstützung entsprechend dem Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft. Marschall legt nahe, dass die beiden ersten Dimensionen im achtzehnten Jahrhundert aufkamen, die letzte dagegen im zwanzigsten nach der Einführung des freien aber verbindlichen Schulzugangs. Wir haben schon gesehen, dass die Macht des Staates im Abnehmen begriffen ist, so dass Marschalls Formulierung für das United Kingdom nur zu einer ganz speziellen historischen Spanne gültig war. Zugleich kristallisierte er Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens heraus, die der Rolle des Bürgers selbst zukamen, gleichgültig, wie und wo er sie ausübte. Während Marschalls drei Dimensionen erheblichen Einfluss auf die Diskussion dieser Rolle hatten, blieb sein Werk nicht ohne Kritik (vgl. Heater 1999, Mann 1987, Turner 1990 u. v. a.). Es bleibt aber dabei, dass sie einen klaren Weg zum Verständnis des Bürgers aufzeichneten, obwohl sie Elemente aufwiesen, die wir hier auch zu betrachten haben.

Eine der Stärken von Marschalls Arbeit war seine Einsicht, dass zwischen Bürgertum und Kapitalismus stets eine Spannung herrschen musste, eine Spannung, die wir hier schon erwähnt haben. Diesen Punkt vertiefte Turner (1990, S. 193):

Es ist jedoch klar, dass politische Rechte von ganz anderer Art sind als ökonomische Rechte, da sie in kapitalistischen Gesellschaften in vieler Hinsicht am Fabriktor endeten. Demokratie entwickelte sich im wirtschaftlichen Raum nur unvollständig.

Tatsächlich nehmen die Kämpfe für die Rechte der Arbeiter in der Historie der meisten Gesellschaften einiges an Seiten ein, weil die Öffentlichkeit versucht hat, auf die private Domäne des Kapitals Macht auszuüben (Ähnliches gilt auch für die Rechte der Verbraucher). Wir haben die Bedeutung von Turners Feststellung bereits in unserer Diskussion über die Globalisierung beleuchtet. Die Globalisierung hat tatsächlich die Notwendigkeit zivilen Handelns unterstrichen, da die Macht des Staates von ihr ausgehöhlt wird. Andererseits haben wir auch gesehen, wie historische Prozesse zur Entstehung einer gewissen Passivität im Volk beigetragen haben. Trotzdem kann auch das Konsumverhalten in einer Welt des globalen Marktes zu einer politischen Kraft werden, da Verbraucher immerhin ihr Kaufverhalten ändern können. Solange es aber nicht zu konzertierten Aktionen im öffentlichen Raum kommt, lässt sich das Kaufverhalten kaum als marktwirksame Kraft ansehen. Daher besteht für den öffentlichen Raum, und damit für die bürgerlichen und politischen Rechte, ein Bedürfnis nach Veränderungen, die mehr sein müssen als reine Marktkräfte. Mit den Veränderungen im politischen Bereich und der Art und Weise, wie der Markt durch bürgerliches Handeln beeinflusst werden kann, lässt sich zeigen, dass die Trennung zwischen privatem und dem öffentlichem Raum noch immer fließend ist, wie Habermas (1989) recht deutlich gezeigt hat.

Genau die gleiche Argumentation lässt sich auch in anderer Beziehung anwenden, etwa bei der ökologischen Bewegung, dem Feminismus, dem Recht der Senioren usw.. Ohne politische und zivile Rechte ist kein Raum für bürgerliches Handeln, auf welcher Ebene auch immer es stattfinden soll. Gerade das aber ist eins der größten Probleme, seit die dominanten politischen Kräfte nicht mehr auf beschränktem Territorium agieren. Was nötig ist, sind Triebkräfte des Wandels wider die Kräfte der Globalisierung, und sie konzentrieren sich auf die Bedeutung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die im Stande sind, die Autorität von Staaten, internationalen Behörden und sogar die globale Substruktur herauszufordern. Held *et al* (1999, S. 449) bezeichnet diese Haltung als „Radikal-Demokratie“. Für sie (1999, S. 447) ist liberales Denken reformistisch und basiert auf der Annahme, dass „politischer Zwang die Demokratisierung und Zivilisierung der Globalisation vorantreiben wird“ (Held *et al*, 1999, S.

447). Das ist eine eher passive Form von Bürgertum. In dieser globalen Gesellschaft fangen bürgerliche Aktivität und Demokratie an, sich zu Interessengemeinschaften auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu ordnen: Das ist bürgerliches Handeln, das Herz der Politik selbst. Das deutet zugleich auf kosmopolitische Formen bürgerlichen Handelns hin, die ein „Vermitteln zwischen nationalen Traditionen, Schicksalsgemeinschaften und alternativen Lebensformen“ (S. 449) nach sich ziehen. Dort liegt aktives Bürgertum darin, Unterhändler oder Vermittler zwischen verschiedenen Traditionen zu sein, aber auch in unterschiedliche kulturelle und politische Gemeinschaften einzudringen.

Marschalls dritte Dimension des Bürgertums ist die soziale. Doch es wird immer deutlicher, dass es in der globalen Gesellschaft eine Unzahl von Menschen gibt, die offensichtlich keine sozialen Rechte haben. Baumann (1999, S. 175-6) fasst einen Entwicklungsbericht der UN so zusammen:

- Der Verbrauch hat sich seit 1950 um den Faktor sechs erhöht, aber eine Milliarde Menschen können nicht einmal ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen;
- 60% der Bewohner von Entwicklungsländern haben keinerlei soziale Infrastruktur, 33% keinen Zugang zu Trinkwasser, 25% keine Wohnung, die diesen Namen verdient und 20% keinen Gesundheitsdienst;
- das Durchschnittseinkommen von 120 Millionen Menschen liegt unter 1\$ pro Tag
- im reichsten Land der Welt (USA) leben 16,5% in Armut, sind 20% der Erwachsenen Analphabeten, 13% haben eine Lebenserwartung von weniger als 60 Jahren;
- Die drei reichsten Männer der Welt haben ein Privatvermögen, das größer ist als das Sozialprodukt der 48 ärmsten Länder zusammen;
- das Vermögen der 15 reichsten Männer ist höher die gesamte Produktion aller afrikanischen Länder südlich der Sahara;
- 4% des Reichtums der 225 reichsten Männer der Welt würden den Armen der Welt eine Grundversorgung in medizinischer und schulischer Hinsicht, sowie an Nahrung gewährleisten;

Was hier beschrieben wird, ist eine Situation, in der es keine globalen sozialen Rechte gibt, und keine Art Weltregierung, die sie garantieren könnte, wenn es sie denn gäbe. Auch die globale Substruktur kann diese Dinge weder garantieren noch schützen. Im Gegenteil: Mit einem System von Anreizen zwingt sie die Staaten, diese Rechte zu beschränken oder gar abzuschaffen. Das ist der Grund, weshalb es einen Bedarf an globalen zivilen Aktionen gibt, denn sie sorgen dafür, dass diese Voraussetzungen der Ungleichheit in der Welt durch ein System der Gleichheit ersetzt werden. Das hat einige Kommentatoren dazu geführt, die Rolle des Bürgers als teilweise kosmopolitisch zu betrachten (Delanty, 2000).

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist gleichfalls ein Faktor der aktuellen Migration, auch wenn es noch andere Gründe gibt, wie etwa der Zwang, sein Land als politischer Flüchtling zu verlassen. Migration bedeutet, dass keine Population mehr homogen ist, und dass nicht alle Einwohner zugleich Bürger sind. Heater (1999, S. 87-88) schlägt vor, in Populationen mehrere Arten von Bürgern zu unterscheiden.

- aktive Bürger – die volle Rechte besitzen und den Bürgerpflichten nachkommen;
- passive Bürger – die volle Rechte besitzen, ihre Bürgerpflichten aber gleichgültig betrachten;
- Bürger zweiter Klasse – die zwar den Status haben, die aber ihre Rechte infolge Diskriminierung nicht ausüben können;
- die Unterklasse – hat zwar den Rechtsstatus, ist aber infolge Verarmung von normaler sozialer und politischer Aktivität ausgeschlossen;
- Nicht Bürger – Einwohner aber nicht Bürger, denen politische Rechte versagt sind, die sich aber vieler der anderen mit der Bürgerschaft verbundenen Rechte erfreuen.

Bezeichnenderweise schlägt er auch vor, Frauen als eine sechste Kategorie zu betrachten, da ihnen seit der Erfindung des Begriffs „Bürger“ rechtliche Gleichheit vorenthalten wurde. Gerade weil diese Gleichheit ihnen weiterhin nicht versagt bleibt, hat die feministische Bewe-

gung in einigen, wenn auch bei weitem nicht allen Teilen der Welt eine wichtige, den Wandel fördernde Rolle gespielt. Auch Senioren könnten vielleicht zum größeren Teil – wenn auch keineswegs alle! - als passive Bürger angesehen werden.

All diese Einzelheiten zur Komplexität von Konzept und Praxis des Begriffs „Bürger“ in der globalen Gesellschaft sind die Ursache dafür, dass viele der zitierten Autoren keine Definition dafür anzubieten versuchen.

### *Teil 2 Zivilgesellschaft und die Abnahme des Sozialkapitals*

Nach dieser Diskussion ist klar, dass die öffentliche Sphäre an Bedeutung verloren hat durch die Kraft der privaten: der globalen Substruktur. Nun konzentrieren sich die meisten Aussagen über die aktive Rolle des Bürgers eher auf den zivilen als auf den politischen oder sozialen Bereich. Habermas (2001, S. 61) erklärt, dass

Es gibt ein schwindendes Gefühl, dass nationale Politik zu mehr oder weniger intelligentem Management eines Prozesses geschrumpft ist, der mit verschärften Anpassung an den (Globalisierungs-) Druck rein lokale Vorteile sucht.

Mit ähnlicher Tendenz sagt Delanty, dass die Idee einer kosmopolitischen Zivilgesellschaft bedeutungslos sei, solange es nicht eine kosmopolitische Öffentlichkeit gäbe. Er schlägt vor, dass ohne

eine kosmopolitische Öffentlichkeit keine gesetzlichen und politischen Formen von Zivilgesellschaft begründet werden können, die ein solches Ausmaß an bürgerlicher Gemeinschaft aufweist, dass sie den homogenisierenden Formen der Globalisierung widerstehen könnte (Delanty, 2000, S. 145).

Allerdings könnte man auch sagen, dass immerhin eine beschränkte öffentliche Sphäre besteht, die lediglich nicht genügend Kraft besitzt, um dem Druck der Globalisierung zu widerstehen. In der lokalen oder nationalen Gesellschaft ist es für aktive Bürger tatsächlich vorteilhaft, Unabhängigkeit als Folge privaten Besitzes zu genießen (wie bei den Griechen). Heute hingegen stellen die Menschen fest, dass es keinen Lebensberuf mehr gibt, und dass Arbeitsbefähigung zum Überleben unverzichtbar ist, so dass Sicherheit entfällt. Darüber hinaus können die großen Unternehmen, sei es als Arbeitgeber oder als Auftraggeber anderer Betriebe, Gründe zur Entlassung von Arbeitnehmern finden, was die Unsicherheit derer erhöht, die eine Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen bereit wären. In der Tat gibt es immer mehr Fälle, in denen die Sicherheit des Arbeitsplatzes durch Maßnahmen großer Unternehmen bedroht ist. Selbst aktive Zugehörigkeit zu einer Anzahl von NGOs bedeutet nicht, dass jede zivile Aktion sich gegen die sozioökonomischen Kräfte der Globalisierung wendet, denn dieser Prozess hat ja, wie wir gesehen haben, auch Wohlstand hervorgebracht.

Trotzdem finden die meisten zivilen Aktionen noch auf lokaler oder nationaler Ebene statt als auf globalem Feld, doch auch Aktionen auf dieser Ebene können nachhaltige Effekte auf den globalen Prozess ausüben, was auch in der globalen Debatte wahrgenommen wird. Tatsächlich bringt die Berichterstattung lokaler Ereignisse das Anliegen solcher Aktionen einem breiteren, manchmal sogar globalen Publikum zur Kenntnis, so dass sich eine Art embryonaler Globalsphäre bildet. Trotzdem gibt es bislang nur wenige politische oder rechtliche Organisationen, die über den einzelnen Staat hinausreichen, so etwa der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Die meisten Definitionen von Zivilgesellschaft begrenzen deren Handlungsraum auf Aktionen innerhalb eines Staates (z.B. Schopflin, 1997). Das gestattet, durchaus realistisch, das Aufkommen einer globalen Zivilgesellschaft nicht, obwohl Ansätze davon allmählich sichtbar werden. Nach traditioneller marxistischer Lesart war die wirtschaftliche Sphäre in die Definition der Zivilgesellschaft eingeschlossen. Doch aufgrund der Globalisierungskräfte umfasst die Zivilgesellschaft die Wirtschaft nicht mehr in dem Sinne, dass sie auf dem Privatrecht gründete

und von Arbeits-, Kapital- und Warenmarkt gesteuert wird (Habermas, 1996, S.366). Für Habermas umfasst die Zivilgesellschaft:

Jene nicht auf Regierungs- und Wirtschaftsebene bestehenden Verbindungen und freiwilligen Vereinigungen, die in den Kommunikationsstrukturen der öffentlichen Sphäre in der gesellschaftlichen Komponente der Lebenswelt verankert sind. Zivilgesellschaft besteht aus diesen mehr oder weniger spontan auftretenden Gemeinschaften, Organisationen und Bewegungen, die auf gesellschaftliche Probleme in der Privatsphäre fein reagieren und solche Reaktionen in erweiterter Form in die öffentliche Sphäre destillieren (*sic*) und übertragen. Der Kern der Zivilgesellschaft schließt ein Netzwerk von Vereinigungen ein, die problemlösende Diskurse über Fragen von allgemeinem Interesse im Rahmen organisierter öffentlicher Sphären institutionalisieren. (Habermas, 1996, S. 366-367)

Auf ähnliche Weise definiert das Centre for Civil Society ([www](http://www)) sie als „den Satz von Institutionen, Organisationen und Regeln, der sich zwischen Staat, Wirtschaftswelt und Familie befindet.“ Hauptsächlich besteht er aus Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die alle Aspekte der Bürgerrolle ansprechen, und wie Held u. a. festhalten, umfasst aktives Bürgertum heute die Teilnahme von sowohl Männern als auch Frauen an diesen Interessengruppen. Interessanterweise können auch Nicht-Staatsangehörige Mitglieder von NGOs sein und sowohl im zivilen als auch im sozialen Bereich die vollständige Rolle eines aktiven Bürgers spielen, obwohl ihnen weiterhin die politischen Rechte der Staatsbürgerschaft versagt werden.

Eine der Kategorien bürgerlichen Handelns ist sowohl bei Turner als auch bei Heater die passive Rolle, und wir haben vier Ursachen genannt, die eine aktive Rolle des Bürgers behindern (hoher Lebensstandard, mangelnde politische Effizienz, die globalen Kräfte und das Risiko). Putnams Arbeit (2000) ist wohl die eindrucksvollste Studie zum Schwund des Sozialkapitals in Amerika über die letzten wenigen Dekaden, ein Schwund, der zugleich ein Rückgang in aktivem Bürgerverhalten spiegelt. Sozialkapital ist das Potential für soziales Handeln, über das Gruppen aufgrund gemeinsamer Normen und Werte verfügen. Doch ist hier gleich anzumerken, dass Gruppen, die nicht für die Allgemeinheit sondern für eigene Interessen arbeiten, wie rassistische Gruppen oder fundamentalistisch-religiöse Sekten, gleichfalls Sozialkapital besitzen: Nicht jedes Sozialkapital ist notwendigerweise auch sozial gut. Putnams Arbeit blieb jedoch nicht ohne Kritik, weil es große Schwierigkeiten bereitet, Sozialkapital zu messen. Zugleich aber besteht weitgehend Übereinstimmung, dass es über jene wenigen Dekaden, aus welchen Gründen auch immer, einen Rückgang in bürgerlichem Engagement gegeben hat, und dass das den Kräften der Substruktur noch größere Freiheiten zugestanden hat.

Diese Diskussion zeigt, dass die Gesellschaft, in der wir leben, sehr komplex ist, und es sind nicht allein die Kräfte der Globalisierung, die es zu verstehen gilt, sondern, wie Beck (1992) erklärt, muss man auch die Komplexität der Wissenschaft verstehen, die zur Entstehung des Risikos in der heutigen Gesellschaft beigetragen hat. Dieser Mangel an Wissen ist offensichtlich, und so überrascht es wenig, dass gerade die Ausbildung zu den Vorschlägen Fukuyamas' (1999) gehört, wie sich Sozialkapital erhöhen lässt. Er nimmt durchaus wahr, dass die Schaffung von Sozialkapital ein schwieriges Unterfangen ist, da viel davon auf religiöse Gemeinden fällt. Doch er schlägt auch vor, dass der Staat das öffentliche Wohl stärker fördern sollte, ähnlich wie er auch das Recht auf Besitz fördert. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass der Staat in der öffentlichen Sphäre nichts tun sollte, was der Öffentlichkeit selber überlassen bleiben kann, und dass die Globalisierung auch in gewisser Weise einen bereichernden Effekt auf die Zivilgesellschaft hat. Allerdings prüft er im Grunde nicht den Gesamteffekt der Globalisierung auf die zivile Sphäre, denn, hätte er es getan, hätte er den Staat kaum so autonom sehen können, wie er es tut. Gleichwie, Ausbildung ist ein bedeutender Faktor, und ihm wenden wir uns jetzt zu.

Die Geschichte der Ausbildung enthält viele Beispiele für ihren Anspruch und ihre Wirkung in der Heranführung von Menschen an aktives Bürgertum. Paradoxerweise jedoch haben viele soziologische Arbeiten über Ausbildung gezeigt, dass sie sozial und kulturell stets eine eher konservative Rolle gespielt hat. Zum Beispiel schrieb Bourdieu (1973, S.84):

Wenn man zeigt, dass soziale Hierarchien und ihre Tradierung auf einer Hierarchie von „Gaben“, Verdiensten oder Fertigkeiten beruhen, die mit allgemeiner Zustimmung erstellt und in Kraft gesetzt werden, oder, in einem Wort, durch Umwandlung sozialer Hierarchien in akademische Hierarchien, funktioniert das Ausbildungssystem als eine Legitimation, die mehr und mehr notwendig für die Aufrechterhaltung der „sozialen Ordnung“ ist, da die Entwicklung des Kraftverhältnisses zwischen den Klassen fast vollständig dazu neigt, eine auf kruder und rücksichtsloser Durchsetzung des Machtverhältnisses beruhende Hierarchie auszuschließen. (Wow! d. Ü.)

Im Grunde behauptet Bourdieu, dass die Schulbildung es nicht schafft, in der Zivilgesellschaft den Typ vom aktiven Bürger hervorzubringen, den die heutige Gesellschaft fordert. Mehr noch: Wir beginnen zu begreifen, warum Erziehung immer mehr auf die Arbeitsbefähigung zielt. Doch hat es im Laufe jener drei Dekaden erhebliche Änderungen bezüglich dem gegeben, was wir unter Erziehung verstehen. Heute ist Lebenslanges Lernen in den Vordergrund gerückt, und in den europäischen Arbeitspapieren darüber ist Arbeitsbefähigung eines der wichtigeren Themen, obgleich sich die Denkweise der Kommission selbst in den letzten Jahren geändert hat. So ist es vielleicht nützlich, diese Entwicklung kurz zu verfolgen.

Als die Europäische Kommission 1995 das *Weißbuch über Erziehung und Ausbildung* herausgab, stellte es seine Vorstellungen über die Notwendigkeit Lebenslangen Lernens in ganz Europa vor. Ziel war, dass Europa seiner Rolle als weltweiter Führer auf dem Wissensmarkt gerecht werden kann. In gewissem Sinne legt das Papier die Agenda über die Rolle des Bürgers und die Erziehung fest:

Die Zukunft der europäischen Kultur hängt davon ab, inwieweit sie junge Menschen mit der Fähigkeit ausstattet, ständig zu fragen und nach neuen Antworten zu suchen, ohne dabei die Werte der Menschlichkeit zu beeinträchtigen. Genau das ist das Fundament bürgerlichen Selbstverständnisses, und es ist unverzichtbar für eine offene, multikulturelle und demokratische Gesellschaft in Europa (EG 1995, S. 10).

Innerhalb nur zweier Jahren hat die Kommission Lebenslanges Lernen und Bürgerrolle viel ausdrücklicher gekoppelt, während sie immer noch die Notwendigkeit einer verstärkten Politik zur Verbesserung der Beschäftigungslage betont.

Dieses Ausbildungsgebiet (Europa) wird die **Förderung des Bürgerverständnisses** erleichtern, wenn es sich auf gemeinsame Werte bezieht und einen Sinn der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen soziokulturellen Raum entwickelt. Es muss ein breiter angelegtes Verständnis des Bürgertums aufbauen, das sich auf aktive Solidarität und gegenseitiges Verständnis für kulturelle Vielfalt gründet. Gerade darin besteht Europas Einzigartigkeit und Reichtum (**fett** im Original) (Europäische Kommission, 1997, S. 4)

Zwei Dinge werden hier deutlich: Dass der Ton immer noch auf einer Erziehung zum Bürger liegt, und dass man darunter die Rolle des Bürgers *per se*, nicht unbedingt aber die aktive Rolle versteht. Ein Jahr später wurde beides wieder revidiert.

1998 jedoch musste die Kommission einräumen, dass sich die Rolle des Bürgers nicht lehren ließ, da sie kognitive, affektive und praktische Dimensionen aufwies. Doch gelernt werden konnte sie, und das Lernen aktiven Bürgertums wurde zum Ziel des Lebenslangen Lernens. Und in diesem Fall reicht das *Lehren* des Rollenverständnisses nicht: Es ist das *Lernen*, welches unverzichtbar ist... Lernen, ein aktiver Bürger zu sein, schließt den Zugang zu Fertigkeiten und Kompetenzen ein, die junge Menschen für

eine aktive Teilnahme am Wirtschaftsleben brauchen. Und zwar brauchen unter Bedingungen des technologischen Fortschritts, ökonomischer Globalisierung und – sehr konkret – eines transnationalen Arbeitsmarkts in Europa.

(EG, 1998, S. 6)

Das Lernen aktiven Bürgertums ist noch immer etwas für junge Leute, aber es ist nichts Beliebiges, sondern ein integraler Teil des Lebens und Handelns innerhalb der EG. Es fordert eher Selbständigkeit und Kritikvermögen als eine festgelegte Liste von Normen und Werten. Gerade das ist ein größeres Problem, denn die Schulen haben meist wenig Zeit, aktives Lernen als Dimension bürgerlichen Selbstverständnisses in ihr Kurrikulum aufzunehmen.

Die Kommission hat in der Tat den Prozess, einen europäischen Bürger heranzubilden, bereits auf vielfältige Weise durch Austauschprogramme und Unterstützung von kooperativer Unternehmen unterstützt. Jetzt stellt sie fest, dass diese Programme „beachtlichen Raum zur Förderung verschiedener Formen des Lernens für aktives Bürgertum“ geboten hat (Europäische Kommission, 1988, S. 7). Noch auffälliger hat die Kommission demokratische und partizipative Lehrmethoden gefördert, die in der Erwachsenenbildung lange Verwendung gefunden hatten, ohne die politische Perspektive derer zu übernehmen, die diese Form der Erwachsenenbildung schon längst verwendeten. Das Dokument benutzt sogar die Sprache der Erwachsenenbildung, wie etwa kritisches Denken, Reflexion und Verstärkung, und wir werden später noch darauf zurückkommen. Nachdem dieser Schritt vollzogen war, lag die Betonung nicht mehr allein auf dem Angebot für die Bürger, die da aktiv und engagiert zu lernen hatten, vielmehr verschob sich der Schwerpunkt von den Rechten zu den Pflichten des Einzelnen, und der Idealtyp des Bürgers wandelte sich von einer passiven zu einer aktiven Form:

Aktives Bürgertum im europäischen Sinne heißt nicht nur, sich der Rechte und Pflichten der Union bewusst zu sein und sie wahrzunehmen, sondern auch die Grundsätze und Fertigkeiten des Lebens in einer pluralen, durch vielfältige Unterschiede ausgezeichneten Gesellschaft zu erwerben. (Europäische Kommission, 1998, S. 9)

Jetzt gehörte zur aktiven Rolle des Bürgers in Europa das Ausüben sowohl der Rechte als auch der Pflichten. Diese aktive Rolle bedeutet Teilnahme und sich Einbeziehen, wie eindeutig in Erziehung zu aktivem Bürgertum ((EG 1998) festgehalten. Sich in eine Gesellschaft zu integrieren gehört zur Verantwortung der Menschen. Konsequenterweise gab es nun im *Memorandum für Lebenslanges Lernen* zwei eindeutige Ziele: aktives Bürgertum und Arbeitsbefähigung. Tatsächlich galt die Arbeitsbefähigung als „Kerngröße aktiven Bürgertums“ (S. 5), und sie kann als Schlüssel für die Tür zu einigen Formen von Bürgertum angesehen werden. Beide aber setzen ausreichendes und aktuelles Wissen voraus. Arbeitsbefähigung bietet jedoch nicht jene Sicherheit, die Bürger nach unserer Vorstellung brauchen, wenn sie auf das Risiko einer aktiven Rolle in der Gesellschaft vorbereitet sein sollen. Trotzdem wird Lebenslanges Lernen als „Schlüssel zu sozialer Integration und Chancengleichheit“ (S. 6) angesehen. Genau so wichtig ist es aber auch für gesellschaftliche Mitwirkung. Insgesamt herrscht durchgängig die Einsicht, dass Lernen mehr ist als ein kognitives Phänomen, die anderen Aspekte aber sind noch gar nicht ernsthaft diskutiert worden. Dabei ist es der kognitive Bereich derjenige, der mit geringster Wahrscheinlichkeit in Aktivität mündet! Immerhin ist der Kommission klar, dass innovative Lehrmethoden zu den Forschungsthemen gehören werden, die nach Rahmenwerk 6 zu fördern sind. In unserer eigenen durch die Kommission geförderten Forschung (ETGACE) haben wir gefunden, dass aktive Bürger oft einen religiösen Hintergrund haben oder dass ihnen das Bedürfnis, sich aktiv einzubringen, von ihrer Familie mitgegeben wurde. Das nun spiegelt unsere Diskussion über das Sozialkapital wieder. Andere Befragte wieder haben erklärt, dass ein Gefühl, ein Sinn für grundsätzliche Ungerechtigkeit sie hat aktiv werden lassen - etwas, das sowohl Empfinden als auch Moral befriedigt.

In jüngerer Zeit veröffentlichte die Kommission (2001) „Wie ein europäischer Raum für Lebenslanges Lernen verwirklicht werden kann“, wo eingehender festgestellt wird, dass das

Europa des Wissens „größere Ungleichheit und soziale Ausgrenzung“ (S. 6) mit sich zu bringen droht. Und so wird gefordert, dass Lebenslanges Lernen

viel mehr ist als bloße Ökonomie. Es fördert auch die Ziele und Bestrebungen der europäischen Länder zu stärkerer Einbindung, Toleranz und Demokratie. Und es verspricht ein Europa, in dem die Bürger die Möglichkeit und Fähigkeit besitzen, ihren Ziele zu erreichen und sich am Aufbau einer besseren Gesellschaft zu beteiligen (S. 7).

Interessanterweise wird hier die Beziehung zwischen aktivem Bürgertum und Berufsbefähigung deutlich heruntergespielt (S. 9). Jetzt sind die Ziele Lebenslangen Lernens Selbstverwirklichung, bürgerliche Aktivität, soziale Einbeziehung und Berufsbefähigung bzw. Anpassungsfähigkeit. Gleichzeitig wurde der Aufbau einer „besseren Gesellschaft“ zum Ziel für den Bürger, und wenn diese Gesellschaft nicht rein materialistisch ist - und die EG-Papiere lassen sich wirklich nicht so lesen - dann ist implizit Raum für politisches Handeln in der Öffentlichkeit geschaffen. Die EG-Papiere bemühen sich aber auch zu erklären, dass aktive Bürger in einem Europa des Wissens auch selbst Trends erkennen und sich an kritischen Debatten beteiligen müssen. Lebenslanges Lernen soll die Menschen in die Lage versetzen, sowohl die Herausforderungen der Wissensgesellschaft anzunehmen als auch den Forderungen und Zielen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten gerecht zu werden (S. 8)

Etwas zeitgleich veröffentlichte die Kommission ein Weißbuch über „Regieren“ (2001 b), in dem sie feststellt, dass europäische Bürger von Politik und Politikern tief enttäuscht sind, d. h. sie sind unbefriedigte Verbraucher, wie wir hier schon früher gesehen haben. Dennoch können jene zwei Lösungsvorschläge die Bürger befähigen, die Grundsätze europäischen Regierens zu verstehen (kundige Bürger), und vor allem die Zivilgesellschaft in den Prozess des Regierens stärker einbeziehen.

Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle, den Anliegen der Bürger eine Stimme zu verleihen, und den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasste Dienste bereitzustellen. Kirchen und religiöse Gemeinschaften haben dazu einen besonderen Beitrag zu leisten. Die Organisationen, aus denen die Zivilgesellschaft besteht, mobilisieren die Menschen und unterstützen z.B. diejenigen, die unter Ausgrenzung und Diskriminierung leiden. In den Antragsstaaten hat die Union die Entwicklung einer Zivilgesellschaft als Teil ihrer Vorbereitung auf die Mitgliedschaft gefördert. Nicht-Regierungs-Organisationen haben auf globaler Ebene wichtigen Einfluss auf die Politik und spielen oft Rolle eines Warnsystems für die Richtung der politischen Debatte.

(Europäische Kommission, 2001, S. 10)

Das Weißbuch verdeutlicht, dass stärkere Einflussnahme auf die Form des Regierens nötig ist. Allerdings gibt es keiner der Strategien zu Lebenslangem Erlernen bürgerlicher Aktivität den Vorzug, wie man es in einem solchen Dokument erwarten könnte. Immerhin geben diese Dokumente so etwas wie einen Hinweis auf die Denkweise der Kommission über Lebenslanges Lernen, und vielleicht lässt sich auch einiges aus der Historie der Erwachsenenbildung ersehen, deren Vokabular die jüngsten Dokumente verwendet haben. Zwar hat das Lebenslange Lernen dieses Vokabular seit je verwendet, doch jetzt muss es einige der Methoden der Erwachsenenbildung, aus der es hervorgegangen ist, neu entdecken.

Erwachsenenbildung ist seit langem in alle Formen der Erziehung auf eine Zivilgesellschaft hin eingebunden, und sie hat nicht nur Denker darüber nachsinnen lassen, sondern auch eine breite Vielfalt innovativer Bildungsprogramme hervorgebracht. Zu den Denkern zählten Freire and Horton (s. Jarvis, 2001, S. 223 – 299 zur Erörterung einiger von ihnen) sowie feministische Denkerinnen wie Jane Thompson (1983). Zu den Programmen zählten die Dänische Volkshochschulen und die Skandinavischen Studienkreise. Unter den Programmen für gemeinsame Aktionen waren die aus dem unruhigen Nordirland (Lovett *et al*, 1983) und ein großer Teil aus den Anfängen der Kanadischen Erwachsenenbildung. Diese Liste ließe sich *ad infinitum* fortsetzen, und so sind dies hier nur Beispiele für diese Historie. Da Lebenslanges

Lernen die traditionellen Erziehungsansätze aufgegriffen hat und sich nun in Richtung innovativerer Erziehungsmethoden bewegt, kann es eine Menge aus der reichen Geschichte der Erwachsenenbildung lernen.

Auch die schulische Erziehung dürfen wir in dieser Diskussion nicht vergessen, obwohl sie sich traditionell eher konservativ verhalten hat. Und es sind auch neue Erziehungsmethoden zu entwickeln, die darauf aufbauen, dass aktives Bürgertum in der Zivilgesellschaft praktikabel, moralisch, religiös und gefühlsbezogen ist. Schulische Lehrpläne, einschließlich Lehr- und Lernmethoden, müssen Wege zu deren Einbeziehung finden, damit Kinder nach einem Programm geschult werden, das sie sowohl für das Leben als auch für die Arbeitswelt vorbereitet.

### *Schlussdiskussion*

Zusammenfassend möchte ich noch einmal einige dieser Punkte beleuchten, die sich auf das Dritte Lebensalter und das Lebenslange Lernen beziehen.

Ich glaube nicht, dass Marshal Unrecht hatte, wenn er auf die Bedeutung der Erziehung für die Rolle des Bürgers hinwies, aber ich möchte zwei Dinge dazu anmerken. Zum ersten sprechen wir jetzt über Lebenslanges Lernen, und gerade weil ich überzeugt bin, dass die Rolle des Bürgers für schulische Lehrpläne noch immer ein wichtiger Inhalt ist, ist sie zugleich unerlässlich für die Erwachsenenbildung. Wie wir gesehen haben, ist sie ein Ausbildungszweig, der viele Vorteile für das Erlernen eines aktiven Bürgerverständnisses geboten hat. Ihre Geschichte ist voller Denker, die sich für aktives Bürgertum engagiert haben, und so glaube ich, dass die Europäische Kommission in der Erwachsenenbildung eine Politik größerer Zeiträume verfolgen müsste, die weniger beruflich als staatsbürgerlich orientiert sein sollten. Durch die Globalisierung jedoch, meine ich, ist diese Form der Erwachsenenbildung erheblich bedroht. Die Regierungen, z.B. die des UK, streichen die Gelder für die freie Erwachsenenbildung und übertragen sie auf die Berufsbildung. In ihrer Reaktion auf globale Druckmittel neigen Regierungen dazu nachzugeben. In dem Fall hätten sie zwar die Unterstützung der Mächtigen der globalen Wirtschaft, denn sie sind – ungeachtet ihrer anders lautenden Ansprüche – oft miserable Bürger. Folglich sehen wir zwar, wie die Regierungen vorgeben aktives Bürgertum zu unterstützen, aber man hat das ungute Gefühl, dass andere politische Entscheidungen genau das Gegenteil bewirken.

Zum zweiten wissen wir – und ich weiß es aus eigener Erfahrung mit einer lokalen Universität für das Dritte Lebensalter -, dass viele Senioren sich wenig Gedanken über eine Einbindung in Lebenslanges Lernen oder aktives Bürgertum machen. Aldridge und Tuckett (2004, S. 10) haben für das UK gezeigt, dass die Teilnahme an der Erwachsenenbildung vom 45. Lebensjahr an abnimmt. Doch wir sollten uns dadurch nicht entmutigen lassen, denn die Aktivität im Leben selbst unterliegt erheblichen Veränderungen. Im Vereinigten Königreich hat sich die Lebenserwartung im vergangenen halben Jahrhundert um etwa 10 Jahre erhöht, immer mehr ältere Menschen führen ihre Arbeit aus Gründen der Selbstverwirklichung fort, und immer mehr sind viel gesünder. Es ist zu erwarten, dass dieser Trend sich fortsetzt, so dass in der nächsten Generation voraussichtlich eine größere Zahl von Senioren betroffen sein werden. Und da ihre Zahl ansteigt, wird auch ihre politische Kraft und ihr politischer Wille wachsen, so dass die Politiker auf sie werden hören müssen.

Es gibt jedoch noch einen wichtigen Grund, weshalb die Senioren in der Lage sein sollten, eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu spielen, und das ist die Sicherheit. Die Griechen, die diese Rolle spielen konnten, hatten Besitz und waren daher unabhängig vom Staat. Aber man denke nur daran, wie häufig vom Machtmissbrauch seines Arbeitgebers bei Entlassungen gesprochen wird, man denke nur den Unterton von Misstrauen und Geringschätzung, den das Wort *Einbläser* trägt. In dieser Welt des Wettbewerbs sind die Menschen abhängig von ihren Arbeitgebern, und so wird es schwieriger, sich offen gegen Machtmissbrauch zu wenden. Obendrein bleibt durch die oft extrem lange Arbeitszeit wenig Muße, sich anderweitig zu engagieren. Und deswegen entsteht Unabhängigkeit erst nach

der Pensionierung, werden Senioren mit wachsendem Wohlstand und zunehmender Gesundheit eine bedeutende Kraft in der Zivilgesellschaft werden. Daher scheint mir, dass es gerade die wohlhabenden, unabhängigen und gut ausgebildeten Senioren sein werden, die wirklich zu den aktiven Bürgern werden können, die die gegenwärtigen Demokratien fordern und nach denen die Europäische Kommission ruft.

### Literatur

- Aldridge F and Tuckett A (2004) *Business as Usual...?* Leicester. NIACE
- Barbalet J (1988) *Citizenship* Milton Keynes: Open University Press
- Bauman Z (1988) *Freedom* Milton Keynes: Open University Press
- Bauman Z (1999) *In Search of Politics* Cambridge: Polity
- Beck U (1992) *Risk Society* London: Sage
- Beck U (2000) *What is Globalization?* Cambridge: Polity
- Bedell G (2005) The Third-Agers in *The Observer Review Section* 30<sup>th</sup> October pp.1-2
- Bourdieu P (1973) Cultural Reproduction and Social Reproduction in Brown R (ed) *Knowledge, Education and Social Change* London: Tavistock
- Delanty G (2000) *Citizenship in a Global Age* Buckingham: Open University Press.
- European Commission (1995) *White Paper on Teaching and Learning: Towards to Learning Society* Brussels: European Commission
- European Commission (1997) *Towards A Europe of Knowledge* Brussels: European Commission COM(97)563 final
- European Commission (1998) *Education and Active Citizenship* Brussels: European Commission
- European Commission (2000) *A Memorandum on Lifelong Learning* Brussels: European Commission SEC(2000) 1832
- European Commission (2001a) *Making a European Area of Lifelong Learning a Reality* Brussels: European Commission COM(2001) 678final
- European Commission (2001b) *European Governance: a White Paper* Brussels: European Commission COM(2001) 428final
- Fukuyama F (1999) *Social Capital and Civil Society*  
<http://www.imf.org/external/pub/ft/seminar/1999/reforms/fukuyama.htm>
- Habermas J (1989) *The Structural Transformation of the Public Sphere* (trans T Burger) Cambridge: Polity
- Habermas J (1996) *Between Facts and Norms* (trans W.Rehg) Cambridge: Polity
- Habermas J (2001) *The Postnational Constellation* (trans M Pensky) Cambridge: Polity
- Heater D (1999) *What is Citizenship?* Cambridge: Polity
- Held D and McGrew A, Goldblatt D and Perraton J (1999) *Global Transformations* Cambridge: Polity
- Jarvis P (ed) (2001) *Twentieth Century Thinkers in Adult and Continuing Education* London: Kogan Page (Second Edition)
- Korten D (1995) *When Corporations Rule the World* London: Earthscan
- London School of Economics (n.d.) What is civil society?  
[http://www.lse.ac.uk/Depts/what\\_is\\_civil\\_society.htm](http://www.lse.ac.uk/Depts/what_is_civil_society.htm)
- Lovett T, Clarke C and Kilmurray A (1983) *Adult Education and Community Action* London: Croom Helm
- Marshall T H (1950) *Citizenship and Social Class and Other Essays* Cambridge: Cambridge University Press
- Monbiot G (2000) *Captive State* London: MacMillan
- Putnam R (2000) *Bowling Alone* New York: Simon and Schuster
- Robertson R (1995) Glocalisation in *Global Modernities* (ed) Featherstone M, Lash S, and Robertson R London: Sage
- Selman G (1991) *Citizenship and the Adult Education Movement in Canada* Vancouver: Centre for Continuing Education, University of British Columbia
- Sennett R (1986) *The Fall of Public Man* London: Faber and Faber. (First published by: Alfred A Knopf Inc in New York in 1977)
- Schopflin G (1997) *Civil Society, Ethnicity and the State: a threefold relationship*

<http://www.ssees.ac.uk/gsl.htm>

Thompson J (1983) *Learning Liberation* London: Croom Helm

Turner B (1990) Outline of a Theory of Citizenship in *Sociology* Vol 24. No 2  
pp.189-217

Anmerkung: Eine frühere Version dieser Arbeit wurde veröffentlicht unter dem Titel:  
Lifelong Learning and Active Citizenship: an analysis of the European Commission Policy  
Documents on Lifelong Learning in *British Journal of Adult and Continuing Education*  
Bd. 10 Nr. 1, S. 3-18

© Peter Jarvis  
School of Arts  
University of Surrey  
Guildford GU2 7XH  
UK